

# Wo Kiesinger noch „Herr Bundeskanzler“ ist

SPIEGEL-Korrespondent Helmut Sorge über die Bonner Botschaft in Washington

Nur gemächlich, wie es sich für deutsche Beamte ziemt, haben sich Bonns Repräsentanten in Washington mit der sozialliberalen Regierung arrangiert. „Große Gewissenskonflikte kann es eigentlich nicht geben“, sagte Botschaftsrat Erster Klasse Carl Lahusen — zumal diese Regierung „zustandegekommen ist nach den Vorschriften des Grundgesetzes“, wie Lahusens Kollege, Botschaftsrat Erster Klasse Rudolf Wolff, meint: „Damit ist die Loyalitätspflicht des Beamten bereits gegeben.“

Wolff, zuvor in der deutschen Botschaft in Moskau beschäftigt, war dort

Und auch der alten Parteien ergebene Missionschef Rolf Pauls unterhält freundliche Kontakte zur CDU. In unregelmäßigen Abständen gehen CDU-Politikern in der Bundeshauptstadt vertrauliche Informationsberichte des Botschafters zu, der sich selbst als „aufgeklärter Konservativer“ versteht. Zu seinen ständigen Hausgästen zählt auch das Hamburger CDU-MdB Erik Blumenfeld.

Einige Botschaftsmitglieder können deshalb von alten Gewohnheiten nicht lassen. Der Abgeordnete Kurt Georg Kiesinger ist immer noch der „Herr Bundeskanzler“, der Abgeordnete

Der Stellvertreter von Botschafter Pauls, Gesandter Hans Heinrich Noebel, 50, ein loyaler Beamter, mit dem Missionschef seit gemeinsamen Bonner Tagen („Er bei Hallstein, ich bei Blankenhorn“) Duz-Freund, bemüht sich nach eigener Aussage vor allem „um Kontinuität und nützliche Arbeitsverteilung im Haus und achtet darauf, daß diese Maschine läuft“.

Maschinist „Heini“ Noebel ist einer der wenigen Bonner Vertreter, die sich nicht scheuen, die Ostpolitik der Bundesregierung zu loben: „Es ist erforderlich, daß sie die Schützengräben des Kalten Krieges verlassen.“



Bonner Botschaft in Washington, Botschafter Pauls: „Ich bitte um Verständigung“

im Januar 1970 von Außenminister Walter Scheel abberufen worden — aus politischen Gründen, wie die Springer-Presse vorwurfsvoll lamentierte. Von Washington aus beobachtet der Ostexperte nunmehr die ganze Welt, nicht aber die osteuropäischen Staaten.

Kaum ein halbes Dutzend Botschaftsangehörige sind SPD-Mitglieder, die CDU-Sympathisanten sind in der Mehrzahl. So war Wissenschaftsreferent Volker Knoerich Referent des CDU-Wissenschaftsministers Stoltenberg, Legationsrat Erster Klasse Claus-Jürgen Duisberg diente im Ministerbüro Gerhard Schröders. Finanzexperte Georg Dieter Gotschlich arbeitete als Persönlicher Referent für Staatssekretär Walter Grund, im Finanzministerium einst Intimus von Minister Franz Josef Strauß. Kulturchef Jürgen Kalkbrenner arbeitete für Walter Hallstein in Brüssel.

Schröder „Herr Minister Schröder“, Karl Carstens auch nach dem Machtwechsel in Bonn wie je der „Herr Staatssekretär“.

Einmal ist es schon Gewohnheit, zum anderen wissen selbst Diplomaten nie, was die Zukunft noch bringen wird. „Wenn die Bismarck in der Botschaft je verstanden haben“, so der ARD-Korrespondent und SPD-Genosse Klaus Bölling, „dann nur die Rückversicherung.“

Dieser oder jener Beamte „mag wohl Bedenken haben gegenüber der Politik dieser Regierung“, wie Pressereferent Paul Kurbjuhn vom deutschen General-Konsulat in Boston weiß, doch „nach außen hin ist man absolut Ehrenmann, bereit, die Interessen der Bundesrepublik zu vertreten“. Denn schließlich sei das „ein Gebot der Vernunft, der Loyalität und auch der Selbsterhaltung“ (Kurbjuhn).

Carl Lahusen, Chef des für Berlin- und Deutschlandpolitik, Nato-Abrüstung und Rüstungskontrolle zuständigen Referats, repräsentiert am ausgeprägtesten jenen Typ der alten Schule: loyal, verbindlich, allzu behutsam, ein eher konservativer Beamter.

So hatten selbst CDU-Vasallen in der Deutschlandfiliale nur wenig Verständnis für die offene Kritik ihres Kollegen, des Botschaftsrats Rupert Dirnecker, an der Ostpolitik der SPD. Der Bayer beklagte freimütig die Bonner Ostkontakte, über deren Auswirkungen in den USA er bis vor kurzem in seinen Berichten als zuständiger Botschafts-Beamter für Ostpolitik und europäische Einigungspolitik nach Bonn Meldung machen mußte.

Für einen CSU-Wahlkampf, so erinnern sich Kollegen, ließ sich der Ostexperte beurlauben. Dadurch geriet er in

den Verdacht seiner Mitarbeiter, CSU-Chef Strauß heimlich über Vorgänge in der Botschaft zu informieren. Dirncker wurde im Juni nach Bonn zurückversetzt.

Freiwillig hat — aus Opposition gegen die Politik der SPD-Regierung — kein Beamter der Washingtoner Botschaft um Rückversetzung in die heimliche Zentrale gebeten. Sie meiden den Widerspruch, der sie im Bonner Außenamt möglicherweise als Kontrahenten der jeweiligen Regierungspolitik exponieren und so der Karriere schaden könnte.

Reserviert betrachten Kollegen den rührigen Botschaftsrat Claus Sönksen, 38, wegen seines engen Kontakts zum Kanzler Willy Brandt, dessen persönlicher Referent er von 1964 bis 1970 war. Doch Außenseiter wie „dieser Spion der Bonner SPD-Baracke“ (so die Kollegen über Sönksen) sind unter Deutschlands traditionsbewußten Diplomaten wenig gelitten, obwohl die Bundesrepublik im diplomatischen Dienst „einen sehr aufgeschlossenen, liberalen Menschenschlag“ (Noebel) dringend nötig hätte.

Wengleich von anderm Schlag, sabotierten Bonner Botschaftsbeamte in Washington die neue Außenpolitik kaum. Nur wenige haben Zugang zu Dokumenten, die, wenn sie der Opposition zugespielt werden, der Regierung schaden. Die meisten sind voll damit ausgelastet, zu luncnen und zu dinieren, bei Cocktails und auf Parties mit dem Washingtoner Diplomatischen Korps Intimkontakt zu pflegen.

Herr Noebel tafelt zuweilen mit dem Direktor der Deutschland-Abteilung im US-Außenministerium, James Sutterlin, der wiederum die Herren Wolff und Lahusen zum Cocktail bittet. Herr Lahusen besucht Sutterlins Kollegen, die erzählen, was auch Herr Noebel schon gehört hat. Und Herr Pauls trifft Herrn Martin Hillenbrand, Assistant Secretary of State for European Affairs im State Department, der gelegentlich mit dem Botschafter Probleme bespricht, die beide Herren bereits ausführlich in der „Washington Post“ studieren konnten.

Die Beamten in der Bonner Adenauer-Allee beliefern die Washingtoner Kollegen zwar mit vertraulichen Berichten und Meldungen aus der Zentrale, trotz zusätzlicher Informationen durch die Nachrichtenagenturen aber fühlen sich die Washingtoner häufig verlassen wie Apollo-Astronauten ohne Funkkontakt.

„Nun hat sich Staatssekretär Bahr schon zum achten Mal mit Kohl getroffen“, klagte Missionschef Pauls unlängst in einem Telegramm an seine Zentrale. „Ich werde immer wieder gefragt, wie es darum steht. Um dem hier wachsenden Mißtrauen zu begegnen, bitte ich um Verständigung.“

## CHINA-POLITIK

### Weißer Flecken

**Maos Mann in Bonn ließ wissen, daß China vorerst keine deutschen Offerten erwartet.**

Seit Tagen zählt der Vortragende Legationsrat Wilhelm Thönnes zu den meistgefragten Beamten des Bonner Außenministeriums.

Nach der Ankündigung von US-Präsident Richard Nixon, bis spätestens Mai nächsten Jahres nach Peking zu reisen, bestürmen die in Bonn akkreditierten Auslandsdiplomaten und die deutschen Diplomaten im Ausland Scheels China-Experten und stellvertretenden Leiter des Asienreferats mit der Frage, wie es denn Bonn mit Peking halte. Denn, so Thönnes: „Die begnügen sich nicht mit dem, was in den Zeitungen steht.“

Das Interesse an Bonns China-Kurs scheint berechtigt, weil die Bundesrepublik schon Mitte der sechziger Jahre versucht hatte, Fäden zur roten Großmacht in Fernost zu spinnen. Doch erreichte sie nicht viel.

Am 25. Mai 1964 hatte CDU-Außenminister Gerhard Schröder, in dessen ostpolitisches Konzept einer diplomatischen Einkreisung Moskaus der China-Kontakt paßte, bei der chinesischen Botschaft in Bern wegen eines Handelsvertrags sondieren lassen. Das von den Amerikanern damals noch begewöhnnte Techtelmechtel hatte sich jedoch nach vier Geheimtreffs „an der Berlin-Klausel festgehakt“ (so AA-Sprecher Guido Brunner heute). Am 27. November trennten sich die Unterhändler unverrichteterdinge.

Ein weiterer Versuch Schröders, Anfang 1965 über die deutsche Botschaft in London wieder Kontakt mit den

Rotchinesen zu finden, scheiterte an deren Desinteresse.

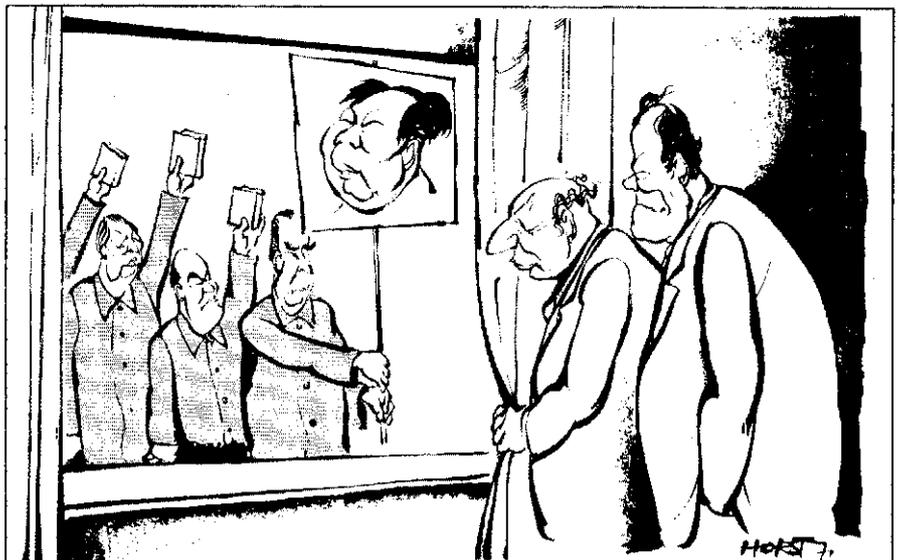
Während der Zeit der Großen Koalition blieb auch Schröder-Nachfolger Willy Brandt mit der zaghaften Andeutung, der zunehmende China-Handel (Jahresumsatz 1970: 920 Millionen Mark) bedürfe auf Dauer einer Formalisierung, ohne Echo aus Peking. Kie-singers Warnruf im Wahlkampf 1969 „Ich sage nur China, China, China“ verdarb vorerst die Chancen einer Annäherung.

Als aber der SPD-Kanzler Brandt die Aussöhnung mit Moskau betrieb, entdeckten die Christdemokraten ihre alte Liebe zu Peking wieder. Oppositionelle Traumwandler gaukelten sich vor, Bonn könne Maos Reich zum Verbündeten gegen die Sowjet-Union gewinnen.

Überdeutlich meldeten Gerhard Schröder, Rainer Barzel und Franz Josef Strauß ihren Wunsch an, den großen Vorsitzenden heimzusuchen. Selbst kleinere Chargen, wie den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion Olaf von Wrangel, würde ein Fernostflug „sehr interessieren“.

Doch China, das allenfalls Kontakt mit der Bundesregierung, nicht aber mit der Opposition sucht, blieb taub und stumm. Maos Mann in Bonn, Wang Shu, Korrespondent der Nachrichtenagentur Hsinhua (Neues China), den Kenner für einen heimlichen Botschafter halten, enthüllte die Reisepläne der Christdemokraten als Peking-Ente: „Wir wissen nichts von einer Einladung.“

Nixons China-Flirt lieferte Bonner Oppositionellen willkommenen Anlaß zu dem Vorwurf, die Bundesregierung vernachlässige Alternativen zu ihrer gegenwärtigen Ostpolitik. Drei Tage nach der Fernsehrede des US-Präsidenten entdeckte CDU-Fraktionschef Barzel während einer neuerlichen Attacke im Bundestag gegen die Bonner Ostverträ-



„Aha, die neue Taktik gegen unsere Moskau-Politik!“

tz, München